

Rede zum Haushalt 2019

Guten Abend Hr. Stadtverordnetenvorsteher, Stadtverordnete, Gäste,

Zunächst werde ich zu dem vorgelegten Haushaltsplan 2018 einen Blick auf die mit meiner Zustimmung im Jahr 2018 verabschiedeten oder in den Folgejahren noch anzugehendem wichtigen Projekte werfen, die im Einklang mit meiner Agenda stehen.

Notwendige Verbesserung für Radfahrer in der Stadt soll das in diesem Jahr beschlossene Radverkehrskonzept bringen. Für die sukzessive Umsetzung der Einzelmaßnahmen sind im Finanzzeitraum bis 2021 knapp 300 TEUR vorgesehen. Leider werden damit nur punktuell die bestehenden Gefahrenpunkte ausgeräumt. Eine Einbindung des Radverkehrs mit Bevorrechtigung durch Aufnahme innerstädtischer Radwegeachsen in ein ganzheitliches Verkehrskonzept ist aus meiner Sicht sinnvoll, besonders im Hinblick darauf, dass für den Radverkehr in Ballungsräumen starkes Zuwachspotential prognostiziert wird.

Im letzten Jahr hat sich die Stadt Friedrichsdorf wieder, auf meine Initiative hin, mit Erfolg parallel zu anderen Kommunen im HTK an der Aktion „Stadtradeln“ beteiligt, weshalb es in die für nächstes Jahr stattfindenden Umweltwochen wieder aufgenommen wurde. Dadurch kann in kleiner Beitrag zur CO₂-Reduzierung und für eine Steigerung des Radverkehrs geworben werden.

Weiterhin möchte ich die für das nächste Jahr veranschlagte mit 1,1 Mio. teure Umgestaltung des Landgrafenplatzes einschließlich des in diesem Jahr schon begonnenen Kreisels in der Homburger Landstraße erwähnen. Ebenfalls im meinem Interesse ist der geplante Umbau des Bahnhofs Friedrichsdorf unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und betrieblichen Anforderungen für die Verlängerung der S-Bahn ins Usinger Land. Für dieses Projekt sind im Haushalt 2,7 Mio. Euro bis zum Jahr 2021 berücksichtigt.

In 2019 wäre die bereits im Jahr 2018 vorgesehene Inbetriebnahmen des Zentralen Jugendcafes in Abstimmung mit der Jugendvertretung wünschenswert. Neben den vorhandenen Räumlichkeiten in Burgholzhausen fehlt es aktuell an Veranstaltungsräumen für Heranwachsende in der Stadt.

Es hat mich gefreut, dass meine Initiative auf Prüfung der Unterstützung einkommensschwacher Personengruppen bei Mobilitätskosten auf Zustimmung gestoßen ist. Ohne dem Ergebnis vorzugreifen, müsste die Umsetzung in Friedrichsdorf realisierbar sein.

Für die Schaffung geförderten Wohnungsbau ist ein Budget von 1,6 Mio. Euro in Haushalt veranschlagt. Dies findet selbverständlich meine Unterstützung. Zu meinem Bedauern habe ich festgestellt, dass in den Folgejahren der Finanzplanung ab 2020 nur noch reduzierte Haushaltsmittel von deutlich weniger als 1 Mio. Euro pro Jahr für die Schaffung bezahlbaren Wohnraum berücksichtigt sind. Das Versprechen der Koalition an die Bürger, in dieser Legislaturperiode eine notwendige Gesamtzahl von 75 neuen Wohnungen im bezahlbaren Bereich zu schaffen, wird damit aller Aussicht nach nicht eingehalten werden können.

Das ist insbesondere im Hinblick auf das Ergebnis der in diesem Jahr von mir gestellten Anfrage zur Entwicklung der Sozialwohnungen in Friedrichsdorf enttäuschend. Allein um den Verlust der dort aufgelisteten Zahl von ca. 100 Sozialwohnungen in den letzten Jahren auszugleichen, wäre hier die Notwendigkeit für verstärkte Anstrengungen durch Investitionen gegeben.

Selbst wenn wenig Geld zur Verfügung steht, könnten kreative Möglichkeiten genutzt werden, hier verstärkt tätig zu werden. Im Gegensatz zu dem sich schon in Bau befindlichen Gebiet Ökosiedlung mit gefördertem Wohnraum ausschließlich für Senioren ergäbe sich bei dem in der Offenlegung befindlichen Bebauungsplan des zum Verkauf durch den HTK anstehenden Geländes der alten PRS die einmalige Chance, Investoren in dem städtebaulichen Vertrag Vorgaben in Bezug auf Bezahlbaren Wohnraum abzuverlangen. Leider wird diese Möglichkeit nach aktuellem Stand leider nicht genutzt werden. Bei Verkauf von Öffentlichem Grund und Boden sollte in Friedrichsdorf nicht ausschließlich Gewinnmaximierung für den Käufer im Vordergrund stehen, sondern auch die Sozialverpflichtung von Eigentum nach GG Art. 14 (2) Berücksichtigung finden.

So hat sich bei der Aufstellung des Bebauungsplans des im Besitz des Kreises befindlichen Alten Kreiskrankenhauses in Bad Homburg der Kreis mit der Stadt Bad Homburg auch mit politischen Druck des mitregierenden Koalitionspartners einvernehmlich geeinigt, dass bei Bebauung eine Quote von 20 % bezahlbarem Wohnraum als Vorgabe für den Investor erfüllt werden soll.

Es könnte aus Sicht der Stadt Friedrichsdorf, politischen Willen vorausgesetzt, unter entsprechenden Auflagen an den Investor im Abstimmung mit dem Kreis auf günstigem Wege eine größere Anzahl von bezahlbaren Wohnungen geschaffen werden. Selbst ohne Schaffung geförderten Wohnraums hilft das Münsteraner Modell bei der Entlastung des Mietmarkts. Die Stadt Münster (Westf.) erteilt bei Verkauf von Öffentlichem Baugebiet dem Investor nach Ausschreibung den Zuschlag, der die niedrigsten Mieten verlangt. Hier würde ich ein konsequenteres Auftreten der im öffentlichen Interesse agierenden Beteiligten wünschen, um den lokalen Interessen mehr Gehör verschaffen zu können.

Bereits erwähnt wurde, dass die 6-stündige Freistellung im Bereich der Kindergartengebühren durch das Land zu einer Mehrbelastung des kommunalen Haushalts seit August 2018 führt. Um die ohne weitere Entlastung in Zukunft absehbar steigenden Gebühren für einkommensschwächere Familien nicht weiterhin stark zu belasten, sollten hier die besser Situierten Ihren Beitrag leisten.

Unter dem Begriff Schutz der Artenvielfalt verstehe ich mehr als die Verschiebung von 25 TEUR vom Konto Grünpflege auf ein neu zu schaffenden Konto Artenschutz zur Beschaffung naturnaher Bepflanzung von Flächen, obwohl ich diese ersten Schritte auf lokaler Ebene begrüße. Auf der einen Seite wird auf der lokalen Ebene der Artenschutz gefördert, auf der anderen Seite wird dagegen auf Elektromobilität als Lösung des ressourcenverzehrenden Individualverkehrs gesetzt. Der damit verbundene zusätzliche Lithiumbedarf in der Autoindustrie zerstört in den Produktionsländern so z.B. in Chile die einzigartigen Biotope der Salzseen durch intensiven Wasserverbrauch und die Lebensgrundlagen der Bauern dort auf Ewigkeit.

Zur Erhöhung der Sicherheit an den sozialen Brennpunkten setzte ich statt eines kostengünstigen privaten Sicherheitsdienstes ohne rechtliche Eingriffsmöglichkeiten tariflich bezahlte staatliche Mitarbeiter des Ordnungsdienstes mit hoheitlicher Funktion.

Auf mein Bedauern stößt, dass die Prüfung einkommensschwacher Hundehalter von der Hundesteuer in Friedrichsdorf noch keinen Anklang gefunden hat.

Obwohl meine Anliegen nur zum Teil im Haushaltsplan Berücksichtigung gefunden haben, möchte ich die Umsetzung notwendiger Maßnahmen nicht bremsen. Trotzdem bleiben im Gegensatz zur regierenden Koalition aus meiner Sicht noch notwendige Projekte offen, die weiterhin auf Umsetzung warten.

Ich wünsche Ihnen ebenfalls ein spannendes und gesundes Jahr 2019!